

## „Wir sind Kirche“ rügt Vorstoß von Bischof Ackermann

# Nach umstrittenen Äußerungen

Trier. (dpa) Die Reformbewegung „Wir sind Kirche“ hat sich gegen Überlegungen in der katholischen Kirche ausgesprochen, Entschädigungen für Missbrauchsopfer aus Kirchensteuermitteln zu bezahlen.

„Wenn klerikale Täter selbst nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, so kann es nicht Aufgabe der Kirchenmitglieder sein, über die allgemeinen Kirchensteuergelder für das Versagen der Kirchenleitungen einzustehen“, teilte „Wir sind Kirche“ am Dienstag mit.

Die Diskussion darüber hat der Trierer Bischof Stephan Ackermann, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Fragen des sexuellen Missbrauchs, angestoßen. Er erklärte jüngst, bei der angestrebten Neuregelung um höhere Entschädigungszahlungen für Opfer von sexuellem Missbrauch könnte auf Kirchensteuermittel zurückgegriffen werden. Die Debatte darüber sei „notwendig“, sagte er und verwies auf die „Solidargemeinschaft“ der Kirchenmitglieder (wir berichteten in unserer Dienstag-Ausgabe).

(dpa)

[https://www.pfaelzischer-merkur.de/welt/landespolitik/initiative-wir-sind-kirche-kritisiert-trierer-bischof-stephan-ackermann\\_aid-47145451](https://www.pfaelzischer-merkur.de/welt/landespolitik/initiative-wir-sind-kirche-kritisiert-trierer-bischof-stephan-ackermann_aid-47145451)

Zuletzt geändert am 13.11.2019